

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen "Felerländer", "Majere Heimat", "Die Mode vom Tage".

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatlich RM 1.50 einchl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatlich RM 1.40 einchl. 18 Pfg. Postgebühren, zahlbar 36 Pfg. Bestellgeb. Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftleitung, Druck und Verlag: G. W. Zaiser (Jah. R. Zaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage "Haus, Garten- und Bauwirtschaft"

Anzeigenpreise: 1spaltige Tages-Zeile über deren Raum 20 Pfg., Familien-Anzeigen 15 Pfg., Reflektanzzeile 60 Pfg., Sammel-Anzeigen 50% Abzug. - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefon. Anstöße und Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postk. Kto. Stuttgart 6113

Nr. 169

Geegründet 1827

Freitag, den 22. Juli 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

Auswirkungen des Ausnahmezustandes in Preußen

Rundfunkrede des Reichskanzlers

Berlin, 21. Juli. In der für die Reichsregierung vorbehaltenen Stunde hielt gestern abend 7 Uhr Reichskanzler v. Papen im Rundfunk folgende Rede:

Deutsche Frauen und deutsche Männer!

Mit dem heutigen Tage bin ich durch den Herrn Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft habe ich auf Grund der mir erteilten Vollmachten den bisherigen preussischen Ministerpräsidenten Braun und den preussischen Minister des Innern Severing ihrer Ämter enthoben. Die Reichsregierung hat sich nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage entschlossen, diesen Schritt dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen. Sie beschränkt sich dabei auf die notwendigsten Maßnahmen, die zur Wiederherstellung geordneter Rechtszustände im preussischen Staatsgebiet erforderlich sind.

Lassen Sie mich zum Verständnis der Lage kurz die politische Lage in Preußen und die Gründe für die getroffenen Maßnahmen schildern. Die preussische Staatsregierung ist am 19. Mai freiwillig zurückgetreten und führt seitdem nur die laufenden Geschäfte gemäß Artikel 59 der preussischen Verfassung. Der neue Landtag war auf Grund der vom alten Landtag, und zwar von den Parteien der Weimarer Koalition, herbeigeführten Aenderung der Geschäftsordnung nicht in der Lage, die Wahl eines Ministerpräsidenten vorzunehmen. Die auf diesen Vorgängen beruhende parlamentarische Grundlage des geschäftsführenden Kabinetts ist entscheidend von der tatsächlichen Haltung der kommunistischen Partei abhängig. Denn nach den Wahlen zum preussischen Landtag entfielen 47 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die NSDAP, und 37 Prozent auf alle übrigen Parteien und der Rest von 16 Prozent auf die Kommunisten. Ich will hier nicht im einzelnen zu der Frage Stellung nehmen, wie weit man noch von geordneten parlamentarischen Verhältnissen sprechen kann, wenn durch die Haltung der einzelnen Parteien der kommunistischen Partei eine Schlüsselstellung eingeräumt wird. Diese Vorgänge allein hätten aber die Reichsregierung an sich nicht veranlaßt, einen unmittelbaren Einfluß auf die Verhältnisse in Preußen zu nehmen. Aber über die Beurteilung der formalen parlamentarischen Lage hinaus muß die klare Frage gestellt werden, ob wir bei verantwortungsbewusster Prüfung der Willensmeinung des deutschen Volks ein Recht haben, die für die NSDAP abgegebenen Stimmen in gleichem Umfang wie die Stimmen anderer Parteien zu würdigen.

Die kommunistische Partei Deutschlands erstrebt nach ihrem eigenen Bekenntnis und nach zahlreichen Feststellungen der höchsten deutschen Gerichte den gewaltsamen Anbruch der Verfassung; sie arbeitet seit Jahr und Tag mit allen Mitteln an der Zerschlagung der Polizei und Wehrmacht, sie versucht mit den verschiedensten Methoden die Zerschlagung der religiösen, sittlichen und kulturellen Grundlagen unseres Volkstums, und endlich ist es die NSDAP, die durch ihre illegalen Terrorgruppen Gewalt und Mord in den politischen Kampf hineingetragen hat. Will sich das deutsche Volk dieser Tatsache verschließen, will es außer Acht lassen, daß die Tätigkeit der NSDAP einen beharrlichen Kampf gegen die Lebensgrundlagen von Staat, Kirche, Familie und Millionen von Einzelschicksalen bedeutet? Das kann nicht sein. Ich stehe nicht an, in aller Offenheit zu erklären, daß es die sittliche Pflicht einer jeden Regierung ist, einen klaren Trennungsschritt zwischen den Feinden des Staates, den Zerschlagern unserer Kultur und den um das Gemeinwohl ringenden Kräften unseres Volks zu ziehen.

Weil man sich zu dieser, dem einfachen und natürlichen Rechtsempfinden entsprechenden Folgerung nicht entschließen konnte, weil man die sittlichen Elemente der politischen Bewegungen außer Acht ließ, hat sich von Monat zu Monat und von Tag zu Tag die Radikalisierung des politischen Kampfes gesteigert. Weil man sich in maßgebenden politischen Kreisen nicht dazu entschließen kann, die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten anzugehen, ist jene unnatürliche Frontenbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP einreißt. Die Reichsregierung ist frei von politischen Bindungen, sie ist aber nicht befreit von der sittlichen Pflicht, offen die Feststellung zu treffen, daß die Grundlagen des Staats durch eine solche gleichberechtigte Einschaltung staatsfeindlicher Elemente in den politischen Kampf aufs äußerste gefährdet werden.

Die Reichsregierung hat in erster Sorge diese Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse beobachtet. Sie hat seit Antritt ihres Amtes nach reiflicher Überlegung darauf verzichtet, in diese Entwicklung einzugreifen, solange sie eine Sache der Parteien blieb. Die Regierung war aber von dem Augenblick an zu eigenem Handeln verpflichtet, von dem die zuerst nur aus parteitaktischen Gründen ver-

folgte Einschaltung der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die NSDAP, auch auf Maßnahmen verantwortlicher Regierungsstellen übergegangen hat. Hier geht es um die Autorität des Staats. Hier dürfte nicht geduldet werden, im Interesse des Staats sofort Klarheit zu schaffen. Diese zwingende Notwendigkeit eines Eingriffs hat sich gegenüber der preussischen Staatsregierung ergeben. Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampforganisationen einen Umfang annehmen konnten, der eine ständige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt. Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen der Wahlkampf von einer erschreckenden Verwirrung blühender Auseinandersetzungen begleitet worden ist. Die Feststellungen der letzten Zeit haben ergeben, daß die weitaus überwiegende Zahl der schwarzen Urwägen nur auf Angriffe kommunistischer Terrorgruppen zurückzuführen ist. Alle einzelnen politischen Maßnahmen, der hingebende Einsatz der örtlichen Polizeibehörden, haben eine dauernde und sichere Herbeiführung geordneter Verhältnisse nicht erzielen können. Diese Aufgabe kann nur durch planmäßige und zielbewusste Führung gegen die Urheber der Unruhe gelöst werden.

Die Reichsregierung hat feststellen müssen, daß die Entwicklung der politischen Lage in Preußen einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen hat, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der NSDAP zu treffen. Wenn beispielweise hohe Funktionäre des preussischen Staats ihre Hand dazu bieten, Führern der kommunistischen Partei die Verschleierung illegaler Terrorabsichten zu ermöglichen; wenn offen ein preussischer Polizeipräsident seine Parteigenossen auffordert, man möge die Arbeit der Kommunisten nicht stören - dann wird die Autorität des Staats von oben her in einer Weise untergraben, die für die Sicherheit des Reichs unerträglich ist.

Die Maßnahmen der Reichsregierung richten sich nicht gegen die Selbständigkeit des Landes Preußen. Sie beschränken sich bewusst darauf, die Grundlagen für die Herstellung eines ordnungsmäßigen Rechtszustands zu schaffen. Diese Grundlage muß aber die Wiederherstellung einer Staatsautorität, die völlig frei von einer irgendwelche getauften Verbindung zur staatsfeindlichen kommunistischen Partei ist.

Die Reichsregierung will durch ihre Maßnahmen eine geordnete Durchführung des Wahlkampfes sicherstellen. Sie wird die freie politische Betätigung nur so weit einschränken, als es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unbedingt erforderlich ist. Sie geht dabei von der Auffassung aus, daß die Ruheherber - gleichviel von welcher Seite sie kommen - so schärf in ihre Grenzen zurückgewiesen werden müssen, daß dem Volk der Austrag des Wahlkampfes ermöglicht wird. Im Verlauf der von mir als Reichskommissar für Preußen angeordneten Maßnahmen hat sich herausgestellt, daß der bisherige preussische Innenminister der verfassungsmäßig zu Recht erfolgten Verfügung des Herrn Reichspräsidenten nicht folgen wollte. Er hat erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen. Nur aus diesem Grunde hat die Reichsregierung, einer Ermächtigung des Herrn Reichspräsidenten folgend, den militärischen Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg erklären müssen. Der militärische Ausnahmezustand wird selbstredend nur so lange aufrecht erhalten, als es die Herstellung geordneter Verhältnisse verlangt. Die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustands eintreten wird.

Mein Wunsch, mit den übrigen preussischen Ministern zusammenzuarbeiten, ist inzwischen durch einen Brief durchkreuzt worden, in dem die Herren es ablehnen, mit mir zusammenzuarbeiten. Damit haben diese Herren selbst eine neue Sachlage geschaffen.

Die Reichsregierung wird auf dem von mir als richtig erkannten Weg unbeirrt fortfahren.

Reichsregierung und Preußen

Papens Antwort an Braun

Berlin, 21. Juli. Reichskanzler v. Papen hat an den Ministerpräsidenten a. D. Braun folgendes Antwortschreiben gerichtet:

Auf Ihr gestriges Schreiben beehre ich mich, zu erwidern, daß Ihre Enthebung vom Amt des preussischen Ministerpräsidenten auf Grund des Artikels 1 der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen erfolgt ist, wie ich mir bereits durch mein Schreiben vom 20. Juli 1932 mitteilen erlaubt habe.

Bei der vorübergehenden militärischen Befehlung des

Amtesgebäudes des preussischen Staatsministeriums handelte es sich um eine Maßnahme des Militärbefehlshabers, auf den gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg vom 20. Juli 1932 die vollziehende Gewalt übertragen worden ist.

Die genannten Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten sind auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 bzw. auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung erlassen worden.

Die Gründe für die von Ihnen beanstandeten Maßnahmen habe ich gestern der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Strafanzeige gegen Grzesinski, Weiß und Heimannsberg

Berlin, 21. Juli. Militärbefehlshaber Generalleutnant v. Rundstedt hat beim Generalstaatsanwalt beim Landgericht I gegen Grzesinski, Weiß und Heimannsberg auf Grund des § 3 der Reiterordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli über den militärischen Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg Strafanzeige erstattet. General v. Rundstedt hat als Militärbefehlshaber gestern drei Befehlshabern nach der Amtsenthebung den Befehl gegeben, sich jeder Amtshandlung zu enthalten. Die Befehlshabern haben aber bis zu ihrer Entfernung aus dem Dienst weiter ihre Amtsgeschäfte ausgeübt, obwohl sie die Zuständigkeit des militärischen Bevollmächtigten anerkannt hatten.

Weitere Entlassungen

Berlin, 21. Juli. Ihrer Ämter wurden weiter enthoben Staatssekretär Staudinger im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, an dessen Stelle der Reichskommissar für das Bankgewerbe, Ministerialdirektor Dr. Ernst, sowie der Staatssekretär im preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Krüger, der durch den Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Muffel, ersetzt wird. Der Staatssekretär im preussischen Staatsministerium Dr. Weichmann ist zurückgetreten.

Heid protektiert

München, 21. Juli. In Telegrammen an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Heid gegen die Reichsmaßnahmen in Preußen Widerspruch erhoben, die nach seiner Ansicht nicht verfassungsgemäß seien und die Existenzgrundlage der Länder bedrohe.

Die bayerische Staatsregierung hat beim Staatsgerichtshof in Leipzig beantragt, die Einschaltung eines Reichskommissars in Preußen an Stelle der Landesregierung, sowie die Amtsenthebung von Landesministern für unvereinbar mit der Verfassung zu erklären. Die Reichsverordnung vom 20. Juli 1932 berühre verfassungsmäßige Rechte aller Länder.

Am Samstag Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 21. Juli. Vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ist Verhandlungstermin über den Antrag des bisherigen preussischen Staatsministeriums auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Samstag vormittag 10 Uhr anberaumt worden. Den Vorsitz wird in Betretung des beurlaubten Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bunte Staatspräsident Deggó führen.

Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstands

Berlin, 21. Juli. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat an die Partei einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt: Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen. Es liegt beim deutschen Volk, durch seinen Wahlpruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der nationalsozialistischen Partei entstanden ist. Die Organisationen sind in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten.

Einen fast gleichlautenden Aufruf verbreitet die Kampfleitung der Eisernen Front.

Rundgebung der Gewerkschaften

Berlin, 21. Juli. Der Allg. Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allg. Freie Angestelltenbund, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, der Verband deutscher Lehr- und Staatsbediensteten, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, der Allg. D. Beamtenbund und der Deutsche Beamtenbund er-

Tagespiegel

Reichskanzler von Papen hat die Ministerpräsidenten der Länder auf Samstag, den 23. Juli zu einer Besprechung in das württembergische Staatsministerium nach Stuttgart eingeladen.

Die württ. Regierung hat zu der Frage der Einsetzung eines Staatskommissars für Preußen an den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichskanzler ein Schreiben gerichtet. Der Wortlaut wird der Öffentlichkeit übergeben werden, sobald die Empfänger im Besitz des Schreibens sein werden.

Die badische Staatsregierung hat eine Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof in Leipzig gegen die Reichsregierung erhoben, in der sie die Berechtigung der Maßnahmen der Reichsregierung bestritt.

Unter Gewährung des gesetzlichen Wartegelds sind in Preußen sofort einstellend in den Ruhestand versetzt worden: 3 Staatssekretäre (Wegmann, Standinger, Krüger), ein Ministerialdirektor (Bach), die Oberpräsidenten von Nieder-Sachsen, Prov. Sachsen, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau, die Regierungspräsidenten in Kronstadt a. O., Leipzig, Magdeburg, Merseburg, Lüneburg, Münster i. W., die Polizeipräsidenten in Königsberg, Kiel, Köln, Elbing, Hagen i. Westfalen, Rastatt, Oppeln, Altona, die Polizeidirektoren in Wilhelmshaven und Schneidemühl. Diese Beamten sind größtenteils sogenannte „Verteidigungsbeamte“. Soweit eine Neubewertung der freigesetzten Stellen erfolgt, wird dabei auf Wartegeldsbeamte zurückgegriffen. Soweit die Stellen durch aktive Beamte neu besetzt werden, werden entsprechende Stellenersparungen vorgenommen werden.

Der Militärbefehlshaber hat an die Polizeibehörden von Berlin und Brandenburg einen Erlaß gerichtet, daß die Polizei, soweit Waffengebrauch erforderlich ist, von der durch die Lage gebotenen Art der Waffe jeweils schnellstens Gebrauch zu machen habe.

Im Rundfunk werden sprechen am Freitag, 22. Juli, abends 7 Uhr, der kommissarische preussische Staatsminister des Innern Dr. Bracht; Samstag, 23. Juli, abends 7 Uhr, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr v. Braun, und am Dienstag, 26. Juli, abends 8.05 Uhr bis 8.30 Uhr, der Reichswehrminister, General v. Schleicher. Sämtliche Reden werden von allen deutschen Sendern übernommen.

Der preussische Beamtenbund fordert die Beamtenenschaft auf, unbedeutend ihren dienstlichen Verpflichtungen nachzukommen und für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags ist für Freitag vormittag zu einer Sitzung einberufen worden.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags ist für Freitag vormittag zu einer Sitzung einberufen worden.

Verordnung über Waffenbesitz

Berlin, 21. Juli. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt erläßt folgende Verordnung: Auf Grund der Kotverordnung vom 20. Juli 1932 wird folgendes verordnet:

- § 1. Wer hinreichend verdächtig ist, eine strafbare Handlung mittelst einer Waffe begangen oder eine Waffe unbefugt geführt zu haben, oder wer gemeinsam mit anderen an öffentlichen Orten bewaffnet erschienen ist, wird — unbefehdet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.
§ 2. Wer bei einer Waffendurchsuchung gegenüber der bewaffneten Macht oder der Polizei auf Befragen den Besitz von Waffen oder Munition oder andere ihm bekannte Bestände an Waffen oder Munition verheimlicht, wird — unbefehdet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.
§ 3. Die Haftandrohung unterliegt keiner Anfechtung.
§ 4. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

NSDAP. zur neuen Lage in Preußen

München, 21. Juli. Die Nationalsozialistische Korrespondenz schreibt zu den Vorgängen in Preußen u. a., die Reichsregierung habe in Preußen die einzige Konsequenz gezogen, die für sie als oberste Aufsichtsbehörde zur Wiederverstellung von Ordnung und Sicherheit überhaupt noch in Frage gekommen sei. Um das Uebel an der Wurzel zu fassen, hätte mit der sofortigen Amtsenthebung des verantwortlichen sozialdemokratischen Polizeiministers Seering begonnen werden müssen. Die damaligen Warnungen der Nationalsozialisten seien heute gerechtfertigt. Ein Rattenchwanz von Strafprozessen werde hoffentlich bald den Schleier von Dingen wegziehen, die unter Seerings Duldung, ja auf seine Veranlassung, geschehen seien und die für einen Rechtsstaat als beispiellos dastehen.

Reichsregierung und wirtschaftliches Aufbauprogramm

Berlin, 21. Juli. Das Reichskabinett ist heute um 11 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammengetreten, die sich im wesentlichen mit der Fortführung der Beratungen über das wirtschaftliche Aufbauprogramm beschäftigt. Das Reichskabinett will die Aufgabe des Aufbauprogramms jetzt mit verstärkter Energie vorwärts treiben. Das wird um so eher möglich sein, als die spannungsvolle Aktualität der preussischen Dinge schon recht bald wieder einer ruhigen Betrachtungsweise Platz machen dürfte. Es sind zwar in der preussischen Politik eine Reihe weiterer Maßnahmen, namentlich auf persönlichem Gebiet, zu erwarten. Es ist aber nicht richtig, daß der Staatssekretär des Reichsinnenministeriums, Dr. Zweigert, wie ein Berliner Morgenblatt behauptet, die Absicht hat, zurückzutreten. In Preußen selbst geht die Entwicklung in der vom Reichskanzler gewünschten Art weiter. Dr. Bracht hat neben der Leitung des Innenministeriums auch die Geschäfte des Staatssekretärs des preussischen Staatsministeriums übernommen. Unterrichtliche Kreise rechnen mit einer sehr baldigen Aufhebung des Ausnahmezustandes in Berlin und Brandenburg, und zwar vielleicht schon für morgen. Auch davon vertritt man sich einen günstigen Einfluß auf die Öffentlichkeit in der Richtung einer weiteren Entspannung und Beruhigung.

Weitere Unruhen

Gelsenkirchen, 21. Juli. Im Stadtteil Buer aerielen gestern Abend Angehörige der Eisernen Front und Nationalsozialisten in Streit, in dessen Verlauf drei Eiserner-Front-Leute durch Schüsse erheblich verletzt wurden. Der Täter wurde festgenommen, er ist ebenfalls verletzt.

Schwere Ausschreitungen in Berlin

Berlin, 21. Juli. Etwa 200 Kommunisten hatten sich kurz nach Mitternacht auf dem Rottbuhler Damm angeschlossen. Sie hielten einen Straßenbahnwagen und einen Autobus an und zwangen die Fahrgäste, auszusteigen. Sie durchschnitten den Strich zur Oberleitung der Straßenbahn, so daß der Wagen nicht weiterfahren konnte. Ferner versuchten sie, den Omnibus, dessen Scheiben sie zertrümmert hatten, umzuwerfen. Als das Ueberfallkommando erschien, flüchteten die Täter und entkamen. Die Beamten schärften daraufhin die Wachen, wurden aber von den Kommunisten heftig beschossen. Durch die Schüsse wurde jedoch keiner der Beamten verletzt. Die Polizei erwiderte das Feuer. Ein Kommunist wurde so schwer verletzt, daß er bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Württemberg

Stuttgart, 21. Juli.

Die Stellungnahme der württ. Regierung. Wie TIL an zuständiger Stelle erfährt, hat heute mittag eine Sitzung des württ. Staatsministeriums stattgefunden, in der über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen erörtert wurde. Die Beratung wird am Abend oder am Freitag fortgesetzt. Die sächsische Regierung wird sich weder dem Vorgehen Bayerns anschließen, noch sonstwie gegen die Reichsregierung Stellung nehmen.

Die Arbeitsmarktklage im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart. Am 15. Juli 1932 standen im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart

in der Arbeitslosenunterstützung 6546 Personen und zwar 4526 männliche und 2020 weibliche (gegen 4901 bzw. 2009 am 30. Juni). In der Krisenunterstützung 9243 (9585) männliche und 1904 (1922) weibliche; zusammen 11 147 Personen. Insgesamt ergeben sich 17 693 Unterstüßungsempfänger, wovon 12 198 auf Groß-Stuttgart gefallen. Stellenfunde waren 44 678 vorgemerkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist in der ersten Hälfte des Juli um 724 auf 18 417 gesunken.

Der Arbeitsmarkt im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland. In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung standen im Landesarbeitsbezirk Südwestdeutschland am 15. Juli 1932 53 696 Personen (38 988 Männer und 16 608 Frauen), in der Krisenunterstützung 85 315 Personen (69 366 Männer und 15 949 Frauen), insgesamt 139 011 Hauptunterstützungsempfänger gegen 148 053 am 30. Juni. Davon kamen auf Württemberg 58 100 (30. Juni 61 711), auf Baden 80 811 (84 342). Auf 1000 Einwohner kamen 27,6 Hauptunterstützungsempfänger. Die Zahl der Woblfabrikserwerbslosen wird immer nur Ende des Monats gezählt; Ende Juni waren es 76 751 Personen oder 15,3 vom Tausend der Einwohner. Arbeitsuchende waren es 302 243 (301 716) Personen. Davon entfielen 122 322 auf Württemberg und Hohenzollern und 179 921 auf Baden. Von den Arbeitsuchenden waren 287 875 als arbeitslos zu betrachten, und zwar 114 344 in Württemberg und 173 531 in Baden.

Epp und Kerrl in Stuttgart

Stuttgart, 21. Juli. Der preussische Landtagspräsident Kerrl zu den Vorgängen in Preußen. Die Nationalsozialisten veranstalteten gestern Abend in der Stadthalle eine riesige Wählkundgebung, in der General v. Epp und der preuß. Landtagspräsident Kerrl als Redner auftraten.

Zuerst sprach Generalleutnant a. D. Ritter v. Epp, der ausführte: Der heutige historische Tag sei ein wichtiger Sieg über das rote System. Die roten und schwarzen Gegner seien jetzt endgültig aus dem Sattel geworden. Dr. Brüning, der sich als Konterpart bezeichnet, sollte sich eigentlich freuen, wenn jetzt die Entscheidungsschlacht gegen den November 1918 geschlagen werde. Die Parteien der Friedensrevolution 1917 und von Weimar haben das uns auferlegte Joch ver schuldet. Die Sinnesänderung des Reichspräsidenten sei als Geschenk des Schicksals zu begrüßen. Die Aufgabe der Regierung Papen sei, gleiche Kampfbedingungen zu schaffen. Wir wollen jetzt eine Entscheidungswahl und kein Kompromiß mit dem Zentrum. Ueber Deutschland soll eine nationale Flagge wehen und nicht die rote Fahne Moskaus oder die gelbe des jüdischen Kapitals oder die Kirchenfahne Roms.

Als zweiter Redner sprach der preussische Landtagspräsident Kerrl von Berlin. Sehr reich habe die Reichsregierung auf seinen (Kerrls) gestrigen Brief hin zugegriffen, und zwar auf eine Art und Weise, die er besonders begrüße. Den Reichskommissar habe er nicht gefordert, aber er begrüße seine Einsetzung. Die Zustände in Preußen seien in den letzten Tagen ein offener Bürgerkrieg gewesen. Jetzt aber werde der 31. Juli in Ruhe und Frieden vorbeigehen. Der heutige Tag sei ein Markstein in der Geschichte des deutschen Volks. Jetzt sei Schluss mit Seering und Braun und niemals mehr werden sie wieder oben hin kommen, aber ebenso sei auch Schluss mit Brüning und dem Zentrum, damit der konfessionelle Friede gesichert bleibe. — Beide Redner fanden stürmischen Beifall.

Gefährter Ueberfall. In der Hauptstätterstraße war ein einzelner Nationalsozialist von sechs Mitgliedern des „Kampfbunds gegen den Faschismus“ überfallen und mit sieben schweren Stichen niedergestochen und dann noch mit Stiefeln getreten worden. Das Schnellgericht verurteilte vier Angeklagte zu 5, 8 und zweimal 10 Monaten Gefängnis, zwei wurden freigesprochen.

Am 21. Juli. Politische Schlägerei. Gestern Abend pökelten in der Sattlergasse die erregten Gemüter so heftig aufeinander, daß es zuletzt zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu Tätlichkeiten kam, so daß die Polizei einschreiten und die Ruhe wieder herstellen mußte.

Der Ohrring im Fischleib. Ein Sportfischer fand im Innern eines schweren hehrtes etwas Mängendes. Nachdem er den Gegenstand gereinigt hatte, zeigte es sich, daß der eitle Fisch das Bruststück eines goldenen Ohrringsteins verluckt hatte.

Die reichste Frau der Welt

Ein Abenteuerlicher Roman von Georg Westphalen
Der Indianer hat den Kopf und hörte ruhig zu. Dann lächelte er. Das erstemal war es. „Herr, du kannst ruhig sein. Der Sonnengott, den wir als das große Symbol anbeten, trägt eine rote Haut.“ Das sagte er so ruhig, daß die beiden nicht daran zweifelten. Sie waren wieder unschlüssig. Wieder war es Marschall, der an den Indianer Fragen richtete. „Sternenvogels Brüder wohnen in den undurchdringlichen, fieberschwangeren Urwäldern. Sternenvogel ist einer der wenigen stolzen Männer, die noch von denen übriggeblieben sind, die einst Mexiko bevölkerten.“ „Du sagst es, Herr!“ „Will mir Sternenvogel sagen, warum er nach Veracruz zog, der Stadt der Weißen, und dort dem Professor dienste?“ In des roten Antlitz veränderte sich nichts. Er sah Marschall mit traurigen Augen an, dann senkte er das Haupt. „Du hast einen scharfen Geist, Herr. Deine Fragen bringen in die Tiefe. Du bist gut und schämst dich nicht des roten Mannes. Darum will Sternenvogel dir alles sagen.“ Die beiden horchten auf.

Kam jetzt die Lösung des Rätsels?

Sternenvogel hat selbst gesehen, wie der Vater der weißen Sonne fieberkrank nach Campeche gebracht wurde. Sternenvogel wurde von seinen Brüdern ausgesandt, um zu suchen, und mit ihm zu sprechen, daß er die letzten Geheimnisse des roten Mannes nicht in die Welt hinausbreite. Sternenvogel kam nach Campeche. Dort lag er krank. Aber am nächsten Tage fuhren seine Begleiter weiter und schleppten ihn mit nach Veracruz. Sternenvogel aber hat seine Spur nur bis Campeche verfolgen können. Er ist dann nach der großen Stadt gekommen und erfährt, daß zwei Männer Gäste im Hause Don Gomez Arragome waren. Nichts sonst. Er ist Diener in des Professors Hause geworden, denn Don Gomez kannte Sternenvogel. Ich habe geforscht und konnte nur erfahren, daß der Vater der weißen Sonne von meinen roten Brüdern erschlagen worden sein sollte. Das Haus des Professors haben nur zwei weiße Männer betreten. Sternenvogel weiß, daß der Vater der weißen Sonne in Campeche war, er weiß, daß er Campeche verließ, aber er hat das Haus Don Gomez nicht betreten. So ist ein Rätsel da, das Sternenvogel nicht lösen kann. Herr, du wirst es lösen.“ Mit bebendem Herzen hatte Eva zugehört. Sie folgte in tiefer Bewegung nach Marschalls Hand. „Haben Sie es gehört, Herr Marschall! Es war Lüge. Nicht Indianer erschlugen ihn, wer weiß, wo man ihn hinschleppte. Wir müssen ihn suchen! Vielleicht ist er krank und sich und wartet, daß wir ihm helfen. Ich glaube jetzt — bei Gott, ich glaube es —, daß ein Verbrechen geschah.“ Marschall stimmte ihr zu. „Eine Schurkerei, an der Martin Duchner, Ihr Stiefvater, vielleicht schlimme Schuld trägt! Jetzt müssen wir zurück. Wir müssen in Campeche nachforschen, was aus ihm geworden ist. Das Geld muß ihre Jungen lösen. Jedem Schritt, den Ihr Stiefvater zusammen mit Edendson tat, werden wir nachspüren. Bei Gott, nichts wollen wir unversucht lassen.“ Damit war die Rückkehr beschlossen. „Warum hast du uns das alles nicht früher gesagt, Sternenvogel?“ sagte Marschall mit leiserem Vorwurf. Der Indianer starrte vor sich hin. „Verzeihe mir, Herr!“ Weiter war nichts aus dem roten Manne zu bringen. Wieder in Campeche. Abermals eine neue Ueberraschung. Berner Marschall wurde erneut verhaftet. Diesmal war der Herr Polizeikapitän selbst da. Er war auf Marschall besonders ungnädig, denn er hatte erfahren, wie generöser Marschall zu seinen Leuten gewesen war. Und er war leer ausgegangen. Er versuchte es im Groben. Ein Glück, daß Marschall die Sprache verstand. Er antwortete ihm, daß das Zimmer von seinen Worten dröhnte und daß der Polizeikapitän keines Wortes mächtig war. Dann versuchte der Kapitän noch einmal, dem Verhafteten mit der gleichen Taktik nahezu kommen. Aber Marschall steigerte die Kraft seines Organs noch etwas und taute so kräftig auf, daß der Polizeikapitän eintraf, daß er so nicht weiterkam. Er bekam es auch etwas mit der Angst zu tun. Nach seiner Meinung konnte einer nur grob werden, wenn erstens im Recht und zweitens sehr reich war. Vielleicht traf beides auf Marschall zu. Wohl versuchte es Marschall nochmals mit seinen falschen Papieren, aber der Polizeikapitän wies die Papiere energisch von sich.

(Fortsetzung folgt.)

Langenargen OÄ. Zeitnang, 21. Juli. Unregelmäßigkeiten auf dem Radbau. Unregelmäßigkeiten scheinen auch im hiesigen Rathaus vorgekommen zu sein. Jedenfalls ist ein Polizeibeamter seit einigen Wochen bereits vom Dienste befreit. Untersuchung ist eingeleitet.

Bürg OÄ. Gedächtnisfeier. In gleicher Weise, wie die Gemeinde vor einigen Jahren das Gedächtnis ihres großen Sohns Professor Heint. Jäger (des Turnjägers) feierte, beging sie am Sonntag das Gedächtnis des 100. Geburtstags seines gleich berühmten Bruders, Professor Dr. Gustav Jäger (der Wolljägers). Sie waren Söhne des Pfarrers Jäger. An dem Geburtshause, dem jetzigen Rathaus, wurde eine Gedenktafel errichtet. U. a. sprachen Baron von Gemmingen-Hornberg auf Bürg, Professor Dr. Ewald, Rektor der Technischen Hochschule in Stuttgart, Professor Dr. Walther, Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim — letztere über Jägers Wirken an beiden Hochschulen —, Dr. Veibinger-Stuttgart für den Zentralverein homöopathischer Ärzte Deutschlands, und Stadtpf. Schniger für die Tübinger Königsgesellschaft.

Reckartwellingen OÄ. Ludwigsgürt, 21. Juli. Opfer der Wirtschaftskrise. Auf dem Sportplatzgelände des hiesigen Athletik-Sportvereins fand man heute den 23 J. a. ledigen Oipser Karl Kleinhedert aus Poppenweiler erhängt auf. Es ist anzunehmen, daß Kleinhedert die Tat aus Schwermut über seine Arbeitslosigkeit begangen hat.

Künzelsau, 21. Juli. Der Gemeinderat gegen unlieblichen Zugang. Der Gemeinderat hat beschloffen, Hausbesitzer, die Auswärtige ohne sicheres Einkommen in Wohnung nehmen, die dann der Stadt zur Last fallen, keine Stundung städtischer Forderungen oder Steuern zu gewähren.

Von der badischen Grenze, 21. Juli. Bluttat. Gestern abend geriet in Reckartelz der 29 J. a. Landwirtschaftslehre Georg Frey vor der Treppe seines Hauses mit Konrad Kober in Streit und griff ihn an. Die ihrem Vater zu Hilfe kommende Frau Käthe Weiß geb. Kober wurde von dem raschen Menschen gleichfalls angefallen und mit dem Messer schwer verletzt. Sie erhielt zwei gefährliche Stiche in den Kopf und einen in die Hand. Darauf griff der Täter zum Jagdgewehr und gab auf Konrad Kober einen Schuß ab, der jedoch sein Ziel verfehlte. Eine volle Babuna traf sodann den Bruder Konrad Kober, Ludwig Kober, ins Herz, so daß er sofort umkam und der Tod auf der Stelle eintrat.

Pforzheim, 21. Juli. Zusammenstoß zweier Lokomotiven. Gestern mittag stießen vor der Ein- und Ausfahrt des Maschinenhauses der Eisenbahn am Gaswerk zwei einzelne Lokomotiven zusammen. Die Führer beider Maschinen konnten noch rechtzeitig stark genug bremsen, so daß nur Sachschaden entstand. Die beiden Lokomotiven, die sich gegenseitig aus den Gleisen gehoben und aufgedrückt hatten, wurden mit Winden auseinander und auf die Gleise gebracht. Eine Betriebsstörung trat nicht ein.

Aus Stadt und Land

Hagold, den 22. Juli 1932.

Von niemand etwas weiter verlangen, als was er geben kann und will, ihm weiter nichts entziehen, als was ihm gemäß ist!

Goethe.

„Kirchturnspolitik!“

Wie ein Märchen kommt uns nachfolgende Meldung vor, die wir der „Bad. Presse“ entnehmen. Während ganz Deutschland in diesen unruhigen Zeiten darüber nachdenkt, welche Volksvertreter am 31. Juli gewählt werden sollen, hat man droben am Bodensee in der guten alten, badischen Stadt Stodach — die nebenbei bemerkt wohl den ältesten deutschen — Kartennverein in ihren Mauern birgt, andere Sorgen. Doch lassen wir darüber den Originalbericht sprechen:

Es gibt doch noch recht merkwürdige Dinge. Nun ist die neue Kath. Kirche in Stodach schon halbwegs erbaut, und immer weiß man noch nicht, was sie für einen Turm erhalten soll. Seit über zwei Jahren geht jetzt der Kampf hin und her. Ein Teil der Bevölkerung möchte die Erhaltung des alten, als städtisches Wahrzeichen geltenden Turms; der andere Teil wünscht einen neuen, dem Bauhilf der Kirche mehr angepaßten Turm. Nachdem die Anhänger des alten Zwiebelturms etwa 700 Unterschriften hinter sich gebracht hatten, wurden sie vom Stiftungsrat angefordert, auch die 5000 Mark Mehrkosten für ihren Bauplan aufzubringen. Wider Erwarten hand dieser Geldbetrag in kurzer Zeit zur Verfügung. Nun verlangen aber die Anhänger des neuen, sog. Ristenturms eine Abstimmung über die Turmformen. So kam es am Sonntag, den 10. Juli zu einer regelrechten Wahl auf dem Rathaus. Von etwa 1600 Wahlberechtigten stimmten 423 für den Ristenturm, 57 für den Zwiebelturm und 13 für die Mittellösung eines Kugelturms. Da aber die Zwiebeltürmer im Hinblick auf ihre 700 Unterschriften und 5000 Mark Wahlentscheidung empfohlen hatten, so betrachteten sie sich jetzt als die Sieger über die Ristentürmer. Ob sich der Stodacher Glodenturmsturm nun endlich legt, bleibt nach den bisherigen Erfahrungen noch eine offene Frage.“

So ein alter Kirchturm, hat halt auch seine Freunde — wir Hagolder können begreifen, haben wir doch auch so einen lieben „Alten“! Glückliches Stodach! —

Predigerwechsel

In einer Teilaufgabe der gestrigen Nummer war zu lesen, daß Prediger Schmeißer am 2. August seine Abschiedspredigt halten wird. Dies ist dahingehend zu berichtigen, daß die Abschiedspredigt am 21. Juli gehalten wird, während der Wegzug von Hagold auf 2. August festgesetzt ist.

„Unsere Feiertunden“

Daß sich Großvater mit Liebe ihrer Enkel annehmen, ist eine verbürgte Tatsache, wie auch das Titelbild der heutigen Feiertunden bezeugt. — Das Eingangstor zum Stadion in Los Angeles betritt das gigantische Ausmaß dieser Sportarena. — Zwei Erdteile durch die Meerenge von Gibraltar getrennt, sollen unter Wasser mit einem Kanal verbunden werden, so daß Afrika, von Europa aus, auf dem Schienenwege zu erreichen sein wird. — Wer wollte Emil Jannings nicht gleich tun und seinen Urlaub dergestalt verbringen wie er? Ohne sein Landhaus verlassen zu müssen, angelt er im Wolfgangsee, der durch das „Weiße Kögel“ unterbrochen ist erlangt hat. — Leutnant Griffin und Hauptmann Matern sind zurzeit die schnellsten Weltreisenden. In bisher von keiner Seite erreichter Rekordzeit von 18 Stunden haben sie den Atlantik überflogen, doch in Moskau wurde ihrem Weltflug durch Notlandung ein Ende gesetzt. — Das Wendelsteinhaus ist 50 Jahre alt

Gleichzeitig mit diesem Jubiläum feiert die Wendelsteinbahn, die älteste Bergbahn Deutschlands, ihr 25jähriges Bestehen. — „Eine stolze Familie“ zeigt das letzte Bild und kann die Schwannenfamilie auf ihren niedlichen Halbdugonachwuchs auch berechtigten Stolz haben. — Der sonstige Unterhaltungsstoff ist der übliche.

Die Hundstage kommen. Am 23. Juli ist nach dem alten Bauernkalender Hundstag-Anfang. Hundstage sind am 23. August. Die Hundstage sind die heißesten Tage im Jahr; sie dauern geräum einen Monat und sollen recht heiß und heiß sein. Ihren Namen haben die Hundstage von dem Hundstern oder Sirius. Alte Regeln lauten: „Hundstag hell und klar, zeigen an ein gutes Jahr; wenn sie viel Regen bereiten, bringen sie teure Zeiten“. — „Hundstag hell und heiß, bangt im Winter jede Geiß“. Auf heiße Hundstage soll also ein strenger, kalter Winter folgen. — Nach altem Volksglauben soll man in den Hundstagen nicht baden, sonst bekommt man die „Hundspilber“. Auch soll man aus keinem offenen Wasser trinken, weil darin der Hundstropf, das ist die Kaulquappe, schwimmt. Die Kaulquappe ist eine Vorstufe des Frosches.

Nehmt Kleingeld mit auf die Reise. In den Städten fließt das Silbergeld zur Zeit reichlich. Zehn- und Zwanzigmarkscheine sind selten, und das „vide Portemonnaie“ mit den schweren Fünfmarsstücken wird hart zur Plage. Wer aber in den ersten Julitagen in die Ferien fuhr, konnte — besonders in den kleinen Sommerfrischen — die Erfahrung machen, daß die Reisefaschen der Gäste im allgemeinen mit Fünzig- und Zwanzigmarkscheinen gefüllt waren. Denn Kleingeld — meist eine größere Summe — erhielt man dabei vom Arbeitgeber oder von der Sparkasse in großen Scheinen. Soviel Fünzigmarkscheine aber, wie die neuangekommenen Reisenden in den ersten Tagen in ihrer Sommerfrische gewechselt haben wollen, können die Geschäfte, die Postagenturen oder auch die Fahrkartenhalter gar nicht einlösen. — Darum: nehmt Kleingeld mit auf die Reise!

Wildberg, 21. Juli. Schäferlauf und Segelflugsport. Den Besuchern des Schäferlaufes am Sonntag, den 24. Juli wird neben dem Preisguthaben des W. B. Württemberg im Verein für deutsche Schäferhunde, den Wettläufen der Schäfer und Schäferinnen und den übrigen volkstümlichen Vorführungen noch etwas ganz Besonderes geboten werden. Einige junge Wildberger haben sich in den letzten Monaten zu einer Fliegergruppe zusammengeschlossen und in aller Stille mit viel Fleiß und Erfindungsgeist und unter nicht geringen Opfern an Geld und Zeit eine erstaunliche und heroische Leistung vollbracht: Sie haben ein stattliches Segelflugzeug gebaut. Das Flugzeug wird beim Schäferlauf am Sonntag mitgeführt und der Öffentlichkeit gezeigt. Ob auch ein Flug stattfinden kann, ist noch ungewiß, aber möglich. In der heutigen Zeit berührt es doppelt angenehm, wenn die Jugend solche Leistungen zeigt. Den betreffenden jungen Leuten alle Anerkennung.

Wildbad, 21. Juli. Einbruch. Vergangene Woche wurde in der dem Schi-Club „Schwarzwald“ Pforzheim gehörenden „Hans Fulda-Gedächtnis-Hütte“ eingebrochen. Der oder die Täter stiegen durch das Abortfenster und zerstörten das Türschloß um ins Innere der Hütte eindringen zu können. Die Landjägermannschaft jagdet nach den Tätern.

Serrenhof, OÄ. Neuenbürg, 21. Juli. Zweifacher Leichenfund. Im Wald bei dem benachbarten Neusch wurden zwei menschliche Skelette von einem Mann und einer Frau gefunden. Alle Kleidungsstücke, Schuhe usw. lagen dabei. Dem vorläufigen Befund nach dürfte es sich um ein unbekanntes Liebespaar handeln. Das hier schon vor 4—8 Monaten Selbstmord verübte. Die Schädel weisen Schußverletzungen auf; auch eine Pistole wurde aufgefunden.

Sportvorschau

Kadrennen.

Am Sonntag, den 24. Juli findet auf der Kadrennbahn in Desfeldbrunn ein großes Rennen statt. Zur Austragung kommen Südd. Damenmeisterschaften, großes Omnium-Rennen und Jugendmannschaftsfahren über 1 Stunde. Es starten bei den Damenmeisterschaften neun Frauen aus Stuttgart, Altingen, Feuerbach, Tübingen, Karlsruhe, Göppingen u. Um. Das Omniumrennen wird eines der interessantesten Rennen geben. Zum Schluß kommt ein 1 Stunde Mannschaftsfahren nach 6 Tagpart für die Württemberger Jugend zur Austragung. (Siehe Anzeige.)

Letzte Nachrichten

Verbot der Aufforderung zum Generalstreik.

Berlin, 21. Juli. Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und Provinz Brandenburg gibt bekannt:

Verordnung:

- 1) Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. 7. 1932 verbiete ich jegliche Art der Aufforderung zum Generalstreik durch Wort oder Schrift einschließlich der Herstellung und Verbreitung von Druckschriften, die derartige Aufforderungen enthalten.
- 2) Zuwiderhandlungen werden gemäß § 3 der obigen Verordnung des Reichspräsidenten bestraft.
- 3) Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Der Militärbefehlshaber (gez.) von Rundsiedt
Generalleutnant

Erste preussische Kabinettsitzung

Berlin, 21. Juli. Dr. Bracht hat heute vormittag die Leitung des preussischen Innenministeriums übernommen. Der Wechsel in den Aemtern, deren geschäftsführende Minister Reichskanzler v. Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar gestern abend ebenfalls ihres Postens entoben hat, vollzog sich ähnlich wie der im preussischen Innenministerium. Heute mittag um 12 Uhr fand die erste preussische Kabinettsitzung unter Leitung des Herrn v. Papen statt. Es handelte sich im wesentlichen darum, das Kabinett durch Beauftragung der Staatssekretäre zu vervollständigen. Die drei wichtigsten Ministerien sind naturgemäß das Ministerpräsidium, das in Preußen den Namen „Staatsministerium“ führt, das Innen- und das Finanzministerium. Die beiden ersten Aemter sind durch Herrn v. Papen und Dr. Bracht besetzt. In unterrichteten Kreisen gilt es bereits sicher, daß der Staatssekretär des Finanzministeriums, Schleusen er, die Leitung dieses Ministeriums übernehmen wird. Ferner rechnet man damit, daß Staatssekretär Höpfer das Justizministerium,

Staatssekretär Professor Scheidt das Wohlfahrtsministerium und Staatssekretär Dr. Pammers das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung übernehmen wird.

Der Jüngling Amtsvorsteher ermordet

Stettin, 21. Juli. Am Offseebad Finast wurde gestern abend der dortige Amtsvorsteher Kübitz ermordet. Der Amtsvorsteher hatte sich zur Ueberwachung einer kommunistischen Versammlung begeben. Als es in dieser zu Unruhe kam, ermahnnte Kübitz einen Kommunisten zur Ruhe. Bald darauf verließ der Amtsvorsteher die Versammlung. Der von ihm verwarnete Kommunist folgte ihm und verfechtete ihm einen Messerstich in den Kopf, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Der Kommunist flüchtete, konnte aber bald festgenommen werden. Der Amtsvorsteher war ein ruhiger Mann und ist politisch niemals hervorgetreten.

Sühne für einen kommunistischen Feuerüberfall

Dortmund, 21. Juli. Wegen des Feuerüberfalls auf Nationalsozialisten am 20. Februar, bei dem 1 Nationalsozialist durch einen Brandschuh getötet wurde, wurden 11 Kommunisten vom Dortmunder Schwurgericht abgeurteilt. Wegen Totschlags wurde der Anführer der Kommunisten, ein 29 Jahre alter Bergmann, zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1 Jahr 3 Monaten bis zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis.

Oberstaatsanwalt Elvert-Heilbronn, der Verfasser des Romans „Wachtels“, durch den Staatsanwalt Dr. Hagendorf unabsichtlich, und jedenfalls unbedeutend, in föhler Verdacht kam — Dr. Hagendorf vertritt die Anlage im Prozeß Wolf und Jakobowich-Riene — ist nunmehr von der Disziplinarcommission zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Damit findet diese unerquickliche Angelegenheit ihren Abschluß.

Das 11. Deutsche Sängerbundesfest wurde am Donnerstag im historischen Kaiseraal des Römers in Frankfurt am Main mit der Uebergabe des Bundesbanners durch Jachim Wita an den Vorsitzenden des Reichsausschusses, Hermann, eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Landmann übernahm das Banner in die Obhut der Stadt.

Die Zahl der unterstufen Arbeitslosen im Reich ist in der ersten Julihälfte um rund 16 600 auf 5 492 000 gestiegen.

Nationalsozialistischer Pfarrer seines Amtes enthoben. Das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg hat dem Pfarrer Senn in Sidingen bis auf weiteres die Ausübung seines pfarrerlichen Amtes unterlagt, weil er ungeachtet des Versprechens, das er im vergangenen Jahr nach dem Erscheinen seiner Broschüre über Katholizismus und Nationalsozialismus gab, sich jeder Tätigkeit für die Nationalsozialistische Partei zu enthalten, nun eine neue Streitschrift hat erscheinen lassen, die den Titel trägt: „An den deutschen Katholizismus und nach Rom.“

Verwertung früheren militärischen Geländes. Auf der Höhe des Koblenz gegenüberliegenden Orts Pfaffen-dorf wird eine alte Schanze in Kleingartenland umgewandelt. Zur Ausführung der etwa 3000 Tagewerke im freiwilligen Arbeitsdienst hat das Bundesarbeitsamt die Zustimmung gegeben. Das frühere Fort Rheinheck auf dem Ackerfeld oberhalb Ehrenbreitsteins soll zu Siedlungszwecken umgewandelt werden, wozu 18 000 bis 19 000 Tagewerke nötig sind. Auch hierfür ist die Genehmigung nachgesucht.

Handel und Verkehr

Weitere Zunahme der Wohlfahrtsverwerbslosen in Preußen

Im Juni ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen sowie die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenerforschung und Krisenfürsorge zwar weiter zurückgegangen, die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtsverwerbslosen aber erneut gestiegen. Nach der Erhebung des preussischen statistischen Landesamts vom 30. Juni 1932 sind in Preußen 1 552 131 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtsverwerbslose gezählt worden, gegenüber 1 508 988 Ende Mai.

Gegen den 30. Juni 1931 ist die Wohlfahrtsverwerbslosenzahl um 23 492 oder 1,56 Prozent höher. Auf 1000 Einwohner entfallen im Durchschnitt 46,1 Wohlfahrtsverwerbslose.

Butterzollvereinigung?

In letzter Zeit wurden zwischen Industrie und Landwirtschaft Verhandlungen über eine Verständigung wegen der Butterzollfrage geführt. Die Verhandlungen sind, wie verlautet, so weit gediehen, daß sich jetzt die Regierung mit der Lösung der Butterzollfrage beschäftigen kann. Die Landwirtschaft hat im Lauf der Verhandlungen die Bereitschaft zum ganz hohen Zoll und das absolute Einfuhrverbot zu verzichten. Das eröffnet die Aussicht, Zölle wieder einzuführen, die nicht ausserordentlich wären. Dafür müßte es allerdings dann zu einer Kontingentierung kommen, die sich wohl nach den früheren Einfuhrmengen richten dürfte. Mit einer solchen Lösung könnten sich Holland und Dänemark zufrieden geben. Die Bindung mit Island müßte allerdings irgendwie abgeklärt werden.

Berliner Pfundkurs, 21. Juli. 15.00 G., 15.04 B.
Berliner Dollarkurs, 21. Juli. 4.209 G., 4.217 B.
Würt. Silberpreis, 21. Juli. Grundpreis 40.80 RM. o. Ag.

Devisenhöchstbeträge für August. Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Importeure für den Monat August 1932 den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Genehmigungen in den Vormonaten nur bis zur Höhe von 50 Prozent in Anspruch nehmen dürfen.

Ueber 5 Milliarden Fehlbetrag im französischen Ausfuhrhandel. Am ersten Halbjahr 1932 belief sich die französische Einfuhr auf 15,28 Milliarden Franken (gegen 23,20 Milliarden im ersten Halbjahr 1931), die Ausfuhr auf 10,08 (16,22) Milliarden. Der gesamte Außenhandel ist also von 39,42 auf 25,38 Milliarden Franken oder um rund 36 Prozent gegen die gleiche Vorjahreszeit zurückgegangen. Verhältnismäßig am stärksten war die Ausfuhr von dem Rückgang betroffen. Während nämlich die Einfuhr um 34,5 Prozent zurückging, zeigt die Ausfuhr einen Rückgang um 38 Prozent. Die Handelsbilanz zeigt, daß die französische Wirtschaft von der Krise immer mehr betroffen wird.

Konkurs. Firma Kaiser-Otto, Nahrungsmittelfabrik, Hauptverwalter Heilbronn, Zweigniederlassung Berlin.

Vergleichsverfahren. Dr. E. Rohner-Kellnerberger, Inh. Gotlob Reutter und Paul Rohner in Mengen OÄ. Saulgau. — Oskar Böhret, Garne, Kurz, Weiß- und Strumpfwaren in Spaichingen. — Frau Sophie Ais Wwe., Inh. der Dr. H. H. u. Sohn, Webefabrik in Ulm. — Diplomasmann R. Hermann, Ulm.

Märkte

Stuttgarter Schlachtwirtschaft vom 21. Juli. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 5 Ochsen, 5 Bullen, 88 Jungbullen, 42 Rinder, 9 Kühe, 269 Kälber, 425 Schweine. Davon wurden am Markt: 5 Ochsen, 45 Jungbullen, 22 Rinder. Verkauf des Marktes: Kälber ruhig, Schweine mäßig.

Table with market prices for various livestock categories including Ochsen, Bullen, Rinder, Kühe, and Schweine, with columns for different grades and prices.

Viehpreise. Bodmung: Ochsen 330-500, Kühe 230-320, Kalbinnen 310-335, Rinder 120-310, Färren 85-140. - Biberach: leichtere Färren 150-200, Ochsen 260-320, Kühe 200-400, Kalbinnen 220-388, Jungvieh 60-180. - Gschwend: Stiere 320-350, Markt das Jahr, Kühe 80-440, Kalbinnen 230-400, Jungvieh 60-170. - Oberdorf: Einfallvieh 80-190, Rinder 270, Kalbinnen 240-360, Kühe 275-330, Ochsen 290 M.

Schweinepreise. Bodmung: Milchschweine 12-20. - Biberach: Säuger 30-35, Milchschweine 11-18. - Böhlermann: Milchschweine 12-18. - Gschwend: Milchschweine 14-20. - Oberdorf a. N.: Milchschweine 12-18.

Geschäftliches

- Hinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen und werden mit 60 Pfennig die Zeile berechnet. -

** Die Anwendung von Keimhefe zur Bereitung von Beeren- und Obstweinen zählt heute zu den feilertechnisch wichtigsten Dingen. Ganz besonders wichtig ist die Anwendung der Keimhefe bei der jetzt fast ausschließlichen Beerenweinbereitung, um die gerade Johannis-, Stachel- u. Heidelbeerweine so leicht auftretenden Bakterienkrankheiten, vor allem das Säuwerden, zu verhindern. Die DMK-Keimhefen der Hefe-Reinigungs-Anstalt Dr. August Ostermayer in Pforzheim sind äußerst geräträftige Hefen, die eine rasche und vollständige Gärung bewerkstelligen und dadurch edle reine Weine liefern, die vor allem auch haltbar sind.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Samstag, 23. Juli. 6.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Genußloft, 7.00: Wetterbericht, 7.00 bis 8.00: Konzert, 8.45: Funkenwerdungsanstalt, 10.00: Kammermusik, 10.30: Schulfunk: „Lieber das Volke aus der Pfalz“, 11.00: 1. Hauptkonzert des 11. Deutschen Sängerbundesfestes, 12.00: Wetterbericht, 12.05: Funkenwerdungsanstalt, 12.30: Konzert, 13.00: Römische Fontänen, 13.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 13.30: Märche und Lieder, 14.00: Kolophon und Udrapenloft, 14.30: Konzert, 15.30: Augenblicke, 15.00: Konzert, 16.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Sportbericht, 16.30: Vortrag: Der Mann, der die Weltgeschichte fertigte, 18.00: Zeitangabe, Wetterbericht, 19.00: Operette: Die Kaiserin und Döbler, 20.00: Unter Abend, 22.00: Musikabend aus Liebeskammer (Kavale), 22.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 22.45-0.30: Nachtkonzert.

Gestorbene: Berta Löwenstein, Witwe, 80 J., Rezingen O.A. Herb / Friedrich Dengler, 86 J., Altkirch O.A. Herrenberg.

Das Wetter

Im Westen liegt immer noch Hochdruck, im Norden eine Depression. Für Samstag und Sonntag ist wechselland bewölkt, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Hierzu die illustrierte Beilage „Feierstunden“

Ämtliche Bekanntmachung

Reinhaltung der öffentlichen Gewässer

Sommer wieder ist wahrzunehmen, daß hässliche und gewerbliche Abfälle aller Art in öffentliche Gewässer eingeworfen oder hart am Uferstrand gelagert werden, so daß die Abfälle entweder durch ihr eigenes Gewicht oder durch Wegspülung in das Bachbett geraten. Dort bilden sie Ablagerungen, die nicht nur häßlich wirken, sondern auch zur Heranziehung von Ratten und Insekten beitragen, üble Gerüche erzeugen und hin und wieder sogar den Wasserablauf in gefährlicher Weise eingenen.

Ich mache daher darauf aufmerksam, daß Schutt, Urnat und andere feste, das Wasser erheblich verunreinigende oder seinen Lauf störende Gegenstände, sowie Tierleichen nach Art. 22 des Wassergesetzes nicht in öffentliche Gewässer gebracht werden dürfen. Zuwiderhandlungen sind gemäß Art. 110 Ziffer 4 des Wassergesetzes strafbar, auch kann die Polizeibehörde nach Art. 112 des Wassergesetzes die Beseitigung der betr. Gegenstände durch die Beteiligten anordnen.

Die Ortspolizeibehörden werden beauftragt, diese Vorschriften durch örtliche Bekanntmachung in Erinnerung zu bringen, ihre Durchführung zu überwachen und gegen Verletzungen nachdrücklich vorzugehen.

Nagold, den 21. Juli 1932. Oberamt: Baitinger.

Advertisement for Einmach-Zucker by Wilhelm Frey, stating it is bought cheaply.

Advertisement for Schlößbrandhilfe Geldlotterie, featuring a drawing on August 11, 1932, with prizes of 50,000, 25,000, and 15,000.

Advertisement for a natural remedy against rheumatism, mentioning Dr. Schmidt's formula.

Advertisement for Opel delivery vans, highlighting their utility for business and transport.

Advertisement for Munich Illustrated magazine, featuring a large picture show of the week.

Advertisement for Wildbader Sprudel, a mineral water from Wildbad.

Large advertisement for Hermann Reichert - Nagold, announcing a 'Saison-Schluß-Verkauf' (Seasonal Closing Sale) with 10-40% discount on summer goods.

Advertisement for Muskator chicken feed, featuring an illustration of a chicken and text emphasizing its benefits for egg production.

Advertisement for Christ. Theurer, offering a 'Günstige Einkaufsgelegenheit' (Favorable buying opportunity) with a summer closing sale.

Advertisement for the Schwarzwald-Verein Nagold, announcing a Waldfest (Forest Festival) on Sunday, July 24th.

Advertisement for Nagold Zwangsoversteigerung (Nagold Compulsory Auction), listing items for sale and the auctioneer's office.

Advertisement for Dampf-Bettfedern-Reinigung (Steam Mattress Cleaning), offering services for cleaning mattresses.

Advertisement for Früh-Kartoffeln (Early Potatoes), offering fresh potatoes for sale.

Advertisement for Sportverein Nagold, announcing a monthly assembly on Saturday, July 23rd.

Advertisement for Frühkartoffeln Weißkraut (Early Potatoes and Cabbage), featuring an illustration of a cow and text about the quality of the produce.

Advertisement for travel and excursion B.Z. - Sonder-Karten (B.Z. - Special Tickets), listing various travel packages and prices.